

## PRESSEAUSSENDUNG

### Sharing Economy: Wirtschaftskammer Wien fordert gleiche Rechte und Pflichten

*EU-Richtlinie nicht vertretbar - Auflagen müssen für alle gelten - Chancengleichheit gegenüber Uber und Airbnb herstellen*

Wien, 3.6.2016 - Die Wirtschaftskammer Wien und die Sparten Transport und Verkehr sowie Tourismus und Freizeitwirtschaft zeigen sich skeptisch gegenüber der neuen Richtlinie der EU-Kommission für die EU-Hauptstädte im Umgang mit Airbnb und Uber. Zwar unterstützt die Wirtschaftskammer Wien jede Innovation und neue Geschäftsidee, dennoch müssen auch für diese die gleichen Rechte und Pflichten wie für die bereits bestehenden Unternehmen gelten. Nach Vorstellung der EU-Kommission müssen die EU-Mitgliedstaaten zwischen Vollzeit-Anbietern und gelegentlichen Chauffeuren oder Vermietern unterscheiden. Vorausgesetzt, alle Beteiligten entrichten die vorgeschriebenen Steuern und Gebühren. „Wir brauchen keine Richtlinie der EU-Kommission, die Unternehmen wie Uber und Airbnb fördert, sondern ein geeignetes Regelwerk, das zwar neue Geschäftsideen unterstützt, gleichzeitig aber einen fairen Wettbewerb sichert und auch die Konsumenten schützt“, sind sich die Spartenobleute in der Wirtschaftskammer Wien, Markus Griebler (Tourismus und Freizeitwirtschaft) und Davor Sertic (Transport und Verkehr) einig.

„Für die Unternehmer sind faire Bedingungen, Rechtssicherheit und ein unverfälschter Wettbewerb essentiell. Wer in der gleichen Branche aktiv ist, für den müssen auch die gleichen Vorschriften gelten. Denn es ist nicht vertretbar, dass Taxilenker mit Vorgaben wie mehrjährige Erfahrung, einheitliche Tarife, Registrierkassen und Rauchverbot belastet werden, während für Uber-Fahrer diese Auflagen nicht gelten“, so Davor Sertic, Obmann der Sparte Transport und Verkehr in der Wirtschaftskammer Wien.

„Es geht uns nicht darum, innovative Geschäftsideen zu verbieten. Allerdings müssen für alle Marktteilnehmer gleiche Rechte und Pflichten gelten, damit es zu keinen Wettbewerbsverzerrungen kommt. Offenheit und Transparenz ist also gefragt“, ist Markus Griebler, Obmann der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft überzeugt. Grundsätzlich sollen die Online-Plattformen wie Airbnb die Daten ihrer Anbieter offenlegen. Erst dann ist sichergestellt, dass Abgaben und Steuern wie die Ortstaxe ordnungsgemäß abgeführt werden. Derzeit ist auch nicht nachvollziehbar, ob die Meldevorschriften von den Vermietern eingehalten werden. Auch die Sicherheit der Gäste soll nicht mehr mit zweierlei Maß gemessen werden, etwa betreffend Brandschutz- und Hygienebestimmungen.

Rückfragen:

Wirtschaftskammer Wien

Martin Sattler - Presse und Medienmanagement

T. 01 51450 1561

E. martin.sattler@wkw.at

W. wko.at/wien/presse

Alle Aussendungen der Wirtschaftskammer Wien  
finden Sie auf <http://wko.at/wien/presseaussendungen>